

Protokoll

über die Sitzung des
Bau-, Planungs-, Landwirtschafts-, Umwelt-, und Forstausschusses
am Mittwoch , dem 07. September 2011, 20:00 Uhr
im Sitzungszimmer des Rathauses

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 22:15 Uhr

Anwesende:

vom Bau- und Planungsausschuss:
Vorsitzender Herr Frank Bittner
Herr Ludwig Fleck
Herr Oswin Jäger in Vertretung für Herrn Jochen Blatz (entschuldigt)
Herr Willi Jäckel
Herr Martin Schlingmann
Herr Steffen Urich in Vertretung für Herr Dr. Georg Strack (entschuldigt)
Herr Bernd Gottschalk

vom Magistrat:
Bürgermeister Uwe Veith

von der Stadtverordnetenversammlung:
Frau Hedwig Seiler

von der Verwaltung:
Stadtbauamt/Schriefführerin Melanie Weidtmann

Von der Presse:
Frau Pitz

Folgende Tagesordnung ist vorgeschlagen:

- 1.) **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2.) **Mitteilungen**
- 3.) **Beratung über den Antrag der SPD – Fraktion vom 18.06.2011,
hier: Erstellung einer Kostenanalyse, Erarbeitung eines Energiekonzeptes für
alle städtischen Gebäude**
- 4.) **Sachstandsbericht zum Antrag der CDU – Fraktion vom 10.08.2011
hier: Anbindung der Stadt Bad König an die Regionalbuslinie „Natour-Bus“**
- 5.) **Sachstandsbericht zum Antrag der CDU _ Fraktion vom 10.08.2011,
hier: Erschließung neuer Gewerbeflächen**
- 6.) **Sachstandsbericht zum Thema gesplittete „Abwassergebühren“**
- 7.) **Anfragen**

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Bittner, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschusssmitglieder, die Vertreter aus der Verwaltung, die Presse und die Zuschauer. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest und erklärt des Weiteren, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgte.

Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungswünsche, allerdings hätte sich Herr Jäger gewünscht, dass im Zusammenhang mit den Anträgen der Parteien an der heutigen Sitzung auch jeweils über einen Beschlussvorschlag hätte beraten bzw. beschlossen werden können.

Bürgermeister Uwe Veith erklärt, dass sich die gewählte Formulierung der Tagesordnungspunkte im Einzelnen aus den Sachinhalten (und hierzu gibt es Neuigkeiten) erklären lässt und er auch gerne bereit ist im Einzelnen darauf noch mal einzugehen.

Da keine Bedenken gegen die Tagesordnung erhoben werden, ruft Herr Bittner TOP 2 auf.

TOP 2 Mitteilungen

Der Vorsitzende erteilt zu diesem TOP dem Bürgermeister das Wort.

Der Bürgermeister berichtet über die folgenden Themen:

Einweihung der Asklepios Klinik in Bad König:

Am 31. August 2011 konnte der mit 17,5 Millionen Euro vom Land Hessen geförderte Neubau zur stationären Behandlung von schädel-hirngeschädigten Patienten an der Asklepios-Schlossberg-Klinik eingeweiht werden. Dass solch ein Gebäude mitten in einem Wohngebiet entstehen konnte, dafür brauchte es viel Entgegenkommen der Anlieger, betonte der Bürgermeister. Er sei sich durchaus bewusst, dass die Erweiterung nicht uneingeschränkt positiv gesehen werde, wengleich gerade durch die steigende Zahl von Arbeitskräften um 80 auf über 500 künftig noch mehr Autos in den Seitenstraßen parken werden. In diesem Zusammenhang erwähnt Bürgermeister Veith, dass er im Zuge der Eröffnungsfeier von der Presse falsch zitiert wurde. Die Stadt sei bereit sich „gemeinsam“ mit der Asklepiosklinik um eine Lösung des Parkplatzproblems zu kümmern, dass heißt jedoch nicht, dass die Stadt den Verursacher hier aus der Verantwortung lasse.

Er unterstrich, dass sich auch zur Lösung dieses Problems die Stadt und die Klinikleitung einmal mehr in einem konstruktiven Dialog befinden.

Abschlussveranstaltung der Dorferneuerung Zell:

Am heutigen Abend findet zeitgleich zur B & P Ausschusssitzung im Gasthaus „Krone“ das mehrjährige Dorferneuerungs – Projekt Zell seinen erfolgreichen Abschluss, berichtet der Bürgermeister.

Unter städtebaulichen Aspekten hat sich durch das Dorferneuerungsprogramm im Ortsteil Zell vieles zum Positiven verändert und optisch seine Spuren hinterlassen.

Neben dem Dorfgemeinschaftshaus, der Renovierung der Alten Schule, der Neuanlage des Dorfplatzes und des neu gestalteten Dorfbachs hat Zell nicht zuletzt auch durch die zusätzliche Dorfbegrünung eine Aufwertung erfahren.

Als besonders beachtlich erwähnt er, dass von privater Seite eine Investitionssumme von rund 1,2 Mio € bei einer Zuschusssumme von 399.000,-€ bereitgestellt wurde.

Die Gesamtsumme des Programms beträgt 2.7 Mio €, wobei der Landesanteil bei 832.000.-€ für kommunale Vorhaben lag. Auf die Frage, was die weitere Planung des Stellwerkes betrifft erklärt der Bürgermeister, dass dieses Gebäude nicht mit in die Planung zur Dorferneuerung fällt.

**TOP 3 Beratung über den Antrag der SPD – Fraktion vom 18.06.2011,
hier: Erstellung einer Kostenanalyse, Erarbeitung eines Energiekonzeptes
für alle städtischen Gebäude**

Zu diesem Antrag teilt der Vorsitzende Herr Bittner eine Auflistung von energetischen Einsparprojekten an städtischen Liegenschaften, die in der vergangenen Zeit realisiert wurden, an die Mitglieder des Ausschusses aus.

Parteiübergreifend wird die Notwendigkeit zur Einsparung im Hinblick auf alle Energieformen wie Gas, Öl, und Strom begrüßt.

Herr Schlingmann betont, dass der SPD Antrag auch aus Sicht der ZBK in die richtige Richtung zielt. Allerdings macht es nach Aussage von Herrn Schlingmann keinen Sinn, auf der Basis des Krimmelbein Gutachtens weiter zu investieren, da bereits rund 90% der Maßnahmen des Gutachtens umgesetzt wurden. Weiterhin teilt er mit, dass seine Partei hierzu in Gänze einen ergänzenden Antrag stellen wird. Dabei soll das Einsparungspotenzial im Bereich des Energieverbrauchs städtischer Immobilien mit Hilfe eines privaten Dienstleisters „Facility Management“ überprüft werden.

Herr Schlingmann gibt ferner den Rat im Bereich Energieversorger auf keinen Fall weiter langfristige Verträge zu schließen, da auf diesem Sektor hier zurzeit eine große Preisbewegung herrscht. Auch empfiehlt er, dass doch überprüft werden sollte, ob laufende Verträge mit Energie-Versorgern z.B. bei der Therme nicht doch noch gekündigt werden können.

Herr Gottschalk gibt zu bedenken, dass oftmals gerade die langfristigen Lieferverträge auch eine gewisse Sicherheit und preislichen Vorteil mit sich bringen können. Hier gilt es im Einzelfall abzuwägen ob die Möglichkeit einer vorzeitigen Kündigung besteht und ob diese wiederum sinnvoll ist.

Herr Jäger sieht ebenfalls, gerade im Bereich des Energieverbrauchs bei insgesamt 70 städtischen Gebäuden ein enormes Einsparpotenzial gegeben. Er weist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die positiven Erfahrungen mit dem Ingenieurbüro Saloppek und Partner im Bereich der Turnhalle hin.

Herr Urich ergänzt, dass insbesondere im Bereich der Kur die rechtliche Möglichkeit zur Finanzierung von Anschaffungen, z.B. eines Blockheizkraftwerkes, durch private Gesellschafter geschaffen werden müsse.

Herr Jäckel erinnert an die Exkursion nach Bad Kötzting und deren erfolgreiches Energie-Konzept bzw. die gewonnenen Erkenntnisse, die durchaus auch mit in die Überlegungen der Stadt einfließen sollten.

Zusammenfassend ergänzt der Bürgermeister, dass im Zusammenhang mit dem Sonderinvestitionsprogramm - bereinigt um die Investitionssumme für das Feuerwehrfahrzeug – insgesamt 73% der Fördergelder für insgesamt 15 energiesparende Einzelprojekte/Maßnahmen verwendet wurden. Die Empfehlungen des Krimmelbein Gutachtens wurden fast vollständig abgearbeitet. Außerdem berichtet er, dass am 21. September beim Kurverwaltungsrat unter anderem das besagte Ingenieurbüro Saloppek und Weinberger als beratende Experten in Punkto Energieeinsparung referieren wird. Bedacht werden muss jedoch, betont der Bürgermeister, dass sich die Stadt Bad König derzeit in der prekären Lage befindet, in der aus Sicht der Kommunalaufsicht keinerlei investive Maßnahmen - und dazu zählen auch die infrastrukturellen – erlaubt sind. Damit die Stadt in dem Bereich überhaupt noch handlungsfähig ist, und sinnvolle Investitionen dahingehend planen kann, werde er in den kommenden Tagen, zusammen mit dem Amtsleiter und dem Finanzabteilungsleiter ein Gespräch bei der Aufsichtsbehörde des Landratsamtes führen.

Frau Seiler stellt fest, dass aus ihrer Sicht der Antrag der ZBK nicht als Ergänzungsantrag, sondern als eigenständiger Antrag zu werten ist.

Es ergibt sich hieraus eine kurze Diskussion und der Vorsitzende Herr Bittner erklärt dahingehend, dass dies vom Ausschuss nicht zu entscheiden ist.

Nachdem zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet der Vorsitzende um Beratung über den nächsten Antrag.

TOP 4 Sachstandsbericht zum Antrag der CDU – Fraktion vom 10.08.2011
hier: Anbindung der Stadt Bad König an die Regionalbuslinie „Natour- Bus“

Herr Bittner berichtet, dass er sich zu dem Thema Regionalbuslinie „Natour - Bus“ im Internet eingehend erkundigt hat. Er teilt unter den Mitgliedern eine Zusammenstellung der Routenbeschreibung aus und erteilt zum CDU Antrag Herrn Jäger das Wort.

Herr Jäger schildert hierzu den Sachverhalt und erläutert, dass derzeit Bad König nicht in dem Fahrplan eingebunden ist. Eine mögliche Anbindung der Stadt Bad König an die Route hätte für den Tourismusstandort Bad König sicherlich eine hohe Bedeutung, zumal dieser von einer großen Anzahl von Bürgern und Touristen genutzt wird.

Man ist sich unter den Ausschussmitgliedern einig, dass hier eine Anbindung wünschenswert wäre. Auffällig ist hier, dass der nördliche Odenwaldkreis einmal mehr völlig ausgegrenzt wurde.

Der Bürgermeister betont, dass er ebenso entsetzt war, als er vor geraumer Zeit erfahren musste, dass die Kurstadt nicht mit eingebunden werden sollte. Seine Entrüstung habe er auch an passender Stelle mehrfach zum Ausdruck gebracht und nun in den vergangenen Tagen auch noch einmal schriftlich die Erläuterung der OREG dazu erhalten. Er liest das Schreiben der OREG vor, in dem Bezirksstreckenleiter Herr Krämer schildert, dass die Route mit der Odenwaldbahn getaktet ist und sich daher keine weitere Anbindung für Bad König ermöglichen lässt. Sein Vorschlag lautet, die Anbindung mit dem Zug nach Michelstadt zu nutzen und dann von dort die Route des Busses weiterzufahren.

Die Erklärung des verlesenen Schreibens ist nach Ansicht der Ausschussmitglieder nicht zufriedenstellend. Es ergeht der Vorschlag, dass der Landrat hier mit ins Boot genommen werden muss. Es könne nicht angehen, dass ein Tochterunternehmen des Odenwaldkreises – die OREG - Bad König derart außen vor halte.

Herr Jäger sieht hier mit Erwartung den Berichten der Verwaltung über die weiteren Ergebnisse zu den Verhandlungen mit der OREG bzw. dem Odenwaldkreises entgegen.

Nachdem sich keine weiteren Fragen ergeben ruft der Vorsitzende des Ausschusses Herr Bittner TOP 5 der Tagesordnung auf.

TOP 5 Sachstandsbericht zum Antrag der CDU Fraktion vom 10.08.2011, hier: Erschließung neuer Gewerbeflächen

Herr Bittner erteilt dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Jäger, das Wort.

Derzeit sind in Bad König, basierend auf seinen Recherchen, sowohl kommunale als auch private Gewerbegebietsflächen nur im begrenzten Umfang verfügbar, erläutert Herr Jäger. Hier ist es nach Ansicht von Herrn Jäger wichtig, dass die Stadt nicht nur im Bereich von Tourismus Anreize schafft und Weitblick zeigt, sondern auch dem Gewerbe Perspektiven bietet. Auch im Vergleich zu Nachbarkommunen darf Bad König hier nicht den Anschluss verlieren und sollte daher alle Möglichkeiten einer Realisierung ausschöpfen. Auf der Internetseite des „Hessischen- Standort- Informationssystems“ wird für Bad König mit einer Gewerbegebietsfläche von 50.000m² geworben. Herr Jäger empfiehlt der Verwaltung diese Information aktualisieren zu lassen.

Über die Thematik wird kontrovers diskutiert, wobei sich die Mehrheit der Ausschussmitglieder für ein Vorantreiben des Vorhabens ausspricht. Frau Seiler gibt zu bedenken, dass sowohl in dem Gewerbegebiet Etzen – Gesäß letztlich nicht das erhoffte Gewerbe angesiedelt werden konnte, als auch die Nachbarkommune Erbach das ausgewiesene Gewerbegebiet bislang nicht zufriedenstellend veräußern konnte.

Der Bürgermeister erklärt, dass in der Vergangenheit wie auch in der Gegenwart der parteiübergreifende Konsens zur Weiterentwicklung des Gewerbegebietes B 45 besteht. Es ist in diesem Zusammenhang der Vorschlag der Verwaltung ergangen eine Fördermöglichkeit durch den EFRE (Europäische Fonds für regionale Entwicklung) zu überprüfen.

Der EFRE berücksichtigt in besonderem Maße territoriale Besonderheiten. Mit seinen Maßnahmen wird versucht, die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten sowie die Umweltprobleme in den Städten zu bekämpfen. Gebiete mit naturbedingten geographischen Nachteilen - so auch der Odenwald - werden verstärkt gefördert. Auch Gebiete in äußerster Randlage erhalten spezielle Hilfen aus dem EFRE, um einen Ausgleich für die weiten Strecken zu schaffen. Bürgermeister Veith berichtet, dass er dahingehend in der Vergangenheit mit Bürgermeister Kredel (Brombachtal) diese Möglichkeit bereits besprochen hat und eine beiderseitige Bereitschaft vorhanden ist. In mehreren Fachtagungen zum Thema IKZ in Hessen, so im Sommer letzten Jahres in Pohlheim und am 9. März 2011 Romrod wurden die Aussichten auf eine Förderung bisher immer als gering eingeschätzt. Nun hat aber Frau Seibert von der Wirtschaftsförderung der OREG die Meinung vertreten, dass evtl. doch eine Förderung aus dem EFRE Programmbereich „Infrastruktur für die Ansiedlung und Entwicklung von Unternehmen, in dem explizit interkommunale Gewerbeflächenentwicklung als besonders förderwürdig eingestuft werden, möglich wäre. Frau Seibert empfiehlt eine Fördervoranfrage zu stellen; die OREG würde diese Voranfrage auch inhaltlich begleiten und die Kommunikation gegenüber dem HMWWL steuern. Die von Herrn Jäger (HLG) bisher erstellten Vorarbeiten sollen dieser Anfrage beigefügt werden; Herr Jäger ist insoweit auch in das Vorhaben eingebunden. Im Rahmen des EFRE – Programms gibt es die Möglichkeit über eine Förder - Voranfrage die Erfolgsaussichten auf Unterstützung auszuloten. Im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit konzentriert sich die Hilfe des EFRE unter anderem auf die Stärkung der Effizienz der Regionalpolitik durch die Förderung der interregionalen Zusammenarbeit, die Schaffung von Netzwerken und den Erfahrungsaustausch zwischen den regionalen und lokalen Behörden. Am Vorabend, so

der Bürgermeister, sei der Magistrat dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt und hat einer Fördervoranfrage zugestimmt. Ferner erklärt der Bürgermeister, dass nach aktueller Aussage von Herrn Jäger (HLG) das Ingenieurbüro Krimmelbein für das besagte Gebiet die Entwässerungsproblematik (evtl. weiteren RÜB) untersuchen sollte.

Herr Jäger zitiert aus seinen ebenfalls mit Herrn Jäger (von der HLG) vor ein paar Tagen geführten Telefonats und berichtet, dass hier die Notwendigkeit einer Errichtung eines weiteren RÜ dementiert wurde und dieses Thema nicht so dramatisch zu sein scheint.

Herr Jäckel bietet an, diese Auskunft nochmal mit dem besagten Fachbüro Krimmelbein zu erörtern.

Herr Jäger freut sich, dass sich in dieser Hinsicht was bewegt. Mit großem Interesse sieht er den weiteren Entwicklungen und dahingehenden Informationen durch die Verwaltung entgegen.

TOP 6 Sachstandsbericht zum Thema gesplittete „Abwassergebühren“

Zu diesem TOP bittet der Vorsitzende Frau Weidtmann um kurze Erläuterung des Sachstandes.

Für die gesplittete Abwassergebühr, so Frau Weidtmann, müssen Kommunen aktuelle Versiegelungskataster erstellen. Der Frischwassermaßstab hat ausgedient – nachdem die Gesetzeslage zum Abwassergebührensplittung in den Ländern Bad Württemberg, Hessen und Nordrhein – Westfalen jetzt weitgehend geklärt ist, müssen die Kommunen ihre Abrechnungsweise umstellen. Sie stehen vor der Aufgabe, den Anteil des Regenwassers separat abzurechnen (Gleichheitsgrundsatz).

Dies erfolgt im Wesentlichen in zwei Stufen:

- a) Befliegung – wichtig welche Auflösung (Mindestanspruch auf 10 cm Genauigkeit) Zeitpunkt (Belaubung, Verschattung durch ungünstigen Sonnenstand etc...)
- b) Flächen- Feststellungsverfahren und Verschneidung der Daten mit dem Programm des Steueramtes da dies in der Regel aktuell ist.

Empfohlen wird hier im Allgemeinen ein Versiegelungsraster von max. 5 Stufen um die anschließende Handhabung und Pflege der Daten zu erleichtern und die Übersichtlichkeit zu wahren.

Als besonders wichtig hält Frau Weidtmann, dass bereits frühzeitig die nötige Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit betrieben werde. Durch Bürgerbeteiligung von Anfang an mit entsprechenden Bürgerinformationsabenden und Info-Broschüren könne auch eine hinreichende Akzeptanz unter den Bürgern erlangt werden.

Auf die Frage der Ausschussmitglieder ob denn im Durchschnitt die Normal-Bürger mit einer höheren Beitrags-Belastung zu rechnen haben erläutert der Bürgermeister, dass hiermit aus Erfahrung bei den Nachbarkommunen in der Regel nicht zu rechnen ist. Insbesondere Gewerbebetreibende mit großer Parkplatz- und Dachflächen, so auch die Stadt selbst, werden künftig sicherlich mit höheren Gebühren kalkulieren müssen. Bürgermeister Veith rechnet frühestens ab 2013 mit der Einführung der gesplitteten „Abwassergebühren“, erklärte er auf Nachfrage

TOP 7 Anfragen

Herr Jäckel stellt die Anfrage an die Verwaltung ob hinsichtlich der Ausrichtung eines „Bürgerbrunches“ bereits Erfahrung besteht. Dies verneint der Bürgermeister.

Das Thema der Parkplatzsituation von der Asklepiosklinik wird nochmalig diskutiert. Verschiedene Lösungsansätze kommen hier zur Sprache. Da es spätestens mit Einstellung weiteren Personals, und dem Abbruch des Skowi- Marktes zu weiterer Verschärfung kommen wird, sollte hier nach einer kurzfristigen Möglichkeit gesucht werden.

Die Fraktionsvorsitzende „Bündnis 90 Grüne“, Frau Seiler, stellt die Überlegung an, ob nicht das Mönchsgelände für einen Überbrückungszeitraum genutzt werden kann. Diesen Vorschlag greift Herr Jäckel auf und bietet an, mit dem Vorstand der Firma Mönch darüber zu sprechen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für ihre Teilnahme, schließt im Anschluss daran die Sitzung und wünscht einen guten Nachhauseweg



Frank Bitter,
Vorsitzender des Bau-, Planungs-,
Landwirtschafts-, Umwelt- und
Forstausschusses



Melanie Weidtmann
Schriftführerin Stadtbauamt